

Neuer Skandal um Polizei im Südsudan

Kollektivstrafe mit Todesfolge bei einem von westlichen Geberländern prioritär geförderten Projekt

Im Ausbildungszentrum der neuen Polizei des Südsudans ist es offenbar zu weiteren schweren Misshandlungen gekommen. Die Polizeitruppe soll den Staatsaufbau im Südsudan festigen.

Markus M. Haefliger, Juba

Im Zusammenhang mit den Misshandlungen von Rekruten in der Polizeikaserne von Rajaf nahe der südsudanesischen Hauptstadt Juba sind neue Anschuldigungen ans Licht gekommen. Laut den Aussagen von drei unabhängig voneinander befragten ehemaligen Rekruten kam es im vergangenen April auf Befehl des Polizeichefs, General Achuil Tito Madut, zu einer mehrtägigen Bestrafung von über 4000 Polizeiaspiranten durch eine militärische Einheit. In der Folge sollen mindestens drei Rekruten an inneren Verletzungen gestorben sein. Ein Gewährsmann unter den ehemaligen Rekruten, die anonym bleiben müssen, bestätigte ausserdem die bereits bekanntgewordenen Anschuldigungen einer Polizeiaspirantin wegen sexueller Misshandlung.

Wunsch nach Professionalität

Vor einem Monat hatten 5000 Polizisten des Southern Sudan Police Service (SSPS) ihre Ausbildung im Zentrum «John Garang» bei Rajaf, 20 Kilometer südlich von Juba, abgeschlossen. Es handelt sich um den ersten Jahrgang der Polizeitruppe. Laut Innenminister Aluon Gier soll die Einheit modernen Kriterien einer professionellen Polizei genügen. Laut den Vorgaben müssen sie einen Sekundarschulabschluss vorweisen und sollen ausdrücklich während des Bürgerkriegs keinen Kriegsdienst geleistet haben. Zuvor waren im Südsudan ausschliesslich ehemalige Rebellen der Sudan People's Liberation Army (SPLA), der südsudanesischen Befreiungsbewegung, mit Polizeiaufgaben betraut gewesen. Sie gelten vielerorts als ungebildet, gewaltbereit und parteiisch.

Die Uno und westliche Geber, die für den Ausbau des Ausbildungszentrums zu einer modernen Polizeiakademie für dieses Jahr 11,5 Millionen Dollar zugesagt haben, preisen das Vorhaben als zentrales Element der Staatsbildung im Südsudan an. Seit August unterstützt die Uno-Mission für den Sudan (Unmis) die Ausbildung der Polizeirekruten mit eigenen Instruktoressen. In zwei Jahren soll der SSPS, der auch als «neue» Polizei bezeichnet wird, die Hälfte der Polizeikräfte stellen und die alten Polizeimethoden nach und nach ganz ablösen.

Doch die Aufgabe scheint schwieriger zu sein, als sich dies die Verantwortlichen vorgestellt haben. Laut den Anschuldigungen der befragten Rekruten, die zurzeit in Juba Polizeidienst leisten, liessen sich Befehlshaber der südsudanesischen Polizei schwere Zuwiderhandlungen gegen nationales und internationales Recht zuschulden kommen. Nach den vorliegenden Zeugnissen sprach General Achuil Tito Madut am vergangenen 6. April in Rajaf zu den Polizeiaspiranten. Als ein Rekrut nach dem Verbleiben des versprochenen Taschengelds gefragt habe, sei er angeherrscht worden. Auch die Bitte um Urlaub, damit die Rekruten bei den damals anstehenden Wahlen ihre Wahlkreise erreichen könnten, sei abgewiesen worden. Daraufhin seien sie im Protest aus der Formation getreten und weggelaufen.

Am Nachmittag des gleichen Tages, eines Dienstags, sei ein Kommando von 60 Mann zur Bestrafung der Rekruten im Ausbildungszentrum eingetroffen. Diese kannten das als «Capital Police» bekannte Kommando aus ehemaligen SPLA-Kämpfern, das ihnen in den vorausgegangenen Wochen militärische Grundkenntnisse beigebracht hatte. Jetzt misshandelten die Männer die Polizeiaspiranten Tag und Nacht während mehr als 40 Stunden. Laut den An-



Südsudanesische Polizeirekruten im Ausbildungszentrum Rajaf bei Juba.

LOUIS CHARBONNEAU / REUTERS

schuldigungen wurden die Rekruten bataillonsweise wiederholt mit Stöcken auf alle Körperteile geschlagen. Sie mussten in den Fluss steigen, während drei bis vier Stunden in der Sonne stehen und sich im Staub wälzen. Anschliessend wurden sie erneut gezüchtigt – und so weiter. Am Donnerstagmorgen sei Polizeichef Achuil Tito zurückgekehrt und habe das Ende der Strafaktion befohlen.

Nach Erduldung der Kollektivstrafe mussten zahlreiche Betroffene in die Polizeiklinik und ins Spital von Juba eingeliefert werden. Auf dem Gelände selber wohnten jeweils sechs bis acht Rekruten in einfachen Behausungen. Im Nachbarhaus einer der Gewährspersonen starb nach deren Aussage zwei Tage nach Abbruch der Strafaktion ein Rekrut an inneren Blutungen. Er habe Blut erbrochen, jede Hilfe sei zu spät gekommen. Nochmals zwei Tage später kamen in der Klinik mindestens zwei Opfer unter gleichen Umständen ums Leben. Ein Pfleger in der Polizeiklinik, der ebenfalls anonym bleiben muss, bestätigt die Aussagen. Laut diesem Zeugen kam es in den folgenden Wochen zu weiteren Todesfällen in Rajaf und im Spital von Juba. Sie seien vom diensttuenden Polizeiarzt auf innere Verletzungen zurückgeführt worden, die sich die Opfer bei der Strafaktion zugezogen hätten.

Brutale Instruktoressen

Einer der ehemaligen Rekruten bestätigt ausserdem die sexuelle Misshandlung einer ehemaligen Kameradin. Diese hatte Anfang Dezember geschildert, wie sie von einem Offizier im Rang eines Hauptmanns wiederholt sexuell belästigt worden sei. Der Rekrut berichtet auch von einem anderen Fall, bei dem eine Rekrutin mehrmals von einem Offizier vergewaltigt wurde. Die Namen der Beschuldigten liegen der NZZ vor. Der Rekrut macht ausserdem Aussagen über Folterungen in Rajaf. So habe sich einer seiner Kameraden im Schneidersitz hinsetzen müssen, daraufhin sei ein Polizeioffizier auf seine Knie gesprungen. Das linke Bein des Kameraden sei seither steif.

Laut den befragten Polizisten wurde ihnen das während der Ausbildung zustehende Taschengeld systematisch vorenthalten. Weil es oft nichts zu essen gegeben habe, hätten viele von ihnen gehungert. Wer sich nach dem Verbleiben der Auszahlungen erkundigt oder bei Verwandten in der Stadt Unterstützung gesucht habe, sei mit dem Hinweis zu rechtgewiesen worden, die Freiheitskämpfer der SPLA hätten während des Bürgerkriegs auch nie Geld erhalten.

Letzte Woche bekamen die Polizisten nachträglich einen Sold ausbezahlt. Die entrichtete Summe für die gesamte Ausbildungszeit von elf Monaten betrug umgerechnet 230 Franken. Davon kann auch ein Polizeirekrut nicht leben. Es ist innerhalb der Uno und von Gebernationen unbestritten, dass die ernste Problematik von undisziplinierten und korrupten Polizeikräften in Afrika bei deren Bezahlung beginnt.

Als Verräterin beschimpft

Innenminister Aluon Gier, ein ehemaliger SPLA-General, hatte Anfang Dezember eine Untersuchung zu den Anschuldigungen wegen sexueller Misshandlung angeordnet. Sie wurde zwei Tage später ergebnislos abgebrochen. Aluon Gier hatte im Interview mit der NZZ ausserdem versprochen, dass die Rekrutin, welche die Anschuldigungen als Erste erhoben hatte, vor Konsequenzen bewahrt werde. Die Sprecherin einer Klasse von 41 angehenden Kriminalpolizisten war zu dem Zeitpunkt je-



doch bereits unehrenhaft aus dem Polizeidienst entlassen worden. Laut Aussagen ehemaliger Kameraden wurde sie noch am Tag ihrer Ausführungen durch den Kommandanten des Ausbildungszentrums, Akol Ayom, verhört. Dabei sei sie als Verräterin beschimpft worden, weil sie mit einem Weissen gesprochen habe, und mit dem Tod bedroht worden. Laut dem Chef der Uno-Polizei in Juba, Klaus-Dieter Tietz, einem deutschen Polizeidirektor und ehemaligen Dozenten der Polizei-Führungsakademie Münster, tauchte die junge Frau unter, befindet sich aber in Sicherheit.

Innenminister Aluon Gier wollte am Donnerstag weder zur Untersuchung noch zum gebrochenen Versprechen auf Schutz für die Rekrutin, noch zu den neuen Anschuldigungen Stellung beziehen. Er verabedete einen

telefonischen Gesprächstermin, blieb dann aber unerreichbar. Die Uno-Mission ordnete eine Untersuchung an. In einem Communiqué vom Dienstag bezeichnet die Unmis die mutmasslichen Vorkommnisse als Vorfälle, die an Menschenrechtsverletzungen «grenzen» würden. Laut der Mitteilung wurde das Innenministerium in Juba seit Bekanntwerden der Vorwürfe auf die Verpflichtung hingewiesen, eigene Ermittlungen einzuleiten. Laut Tietz wurde die dabei angebotene Unterstützung durch die Uno-Polizei von den Behörden bisher nicht beansprucht.

Laut den Aussagen eines westlichen Diplomaten verlangen die Gebernationen eine vorbehaltlose Untersuchung der Anschuldigungen. Der wichtigste Geldgeber beim Aufbau der Polizeiakademie Rajaf ist Amerika mit über 5 Millionen Dollar an versprochenen Hilfsgeldern. Kanada, Grossbritannien und Norwegen stehen ebenfalls mit grösseren Beträgen zu Buche. Deutschland will mit 300 000 Euro den Bau einer modernen Klinik finanzieren. Eine Blockierung der Zusagen steht vorläufig offenbar nicht zur Debatte. Tietz wünscht sich für die Ausbildung des SSPS eine ständige Präsenz der Unmis im Ausbildungszentrum. Ausserdem will er beantragen, dass die Zahl der Rekruten verringert wird.

Auf das Volk losgelassen

Davon abgesehen, dass in dem fast ausschliesslich mit westlicher Hilfe aufgebauten Ausbildungszentrum gegen die Menschenrechte verstossen wurde, stellen die Vorfälle die Ausbildungsqualität in Rajaf in Frage. Statt dass die Rekruten in Rajaf, wie versprochen, zu einer Art bürgernahen Polizei ausgebildet werden, muss man befürchten, dass sie brutalisiert wurden. Am 23. Dezember wurden mehrere Einheiten von frisch ausgebildeten Polizisten erstmals in Juba auf Patrouille geschickt. Laut Berichten der lokalen Medien schnitten sie Männern im Rasta-Look die Haare ab und zerschnitten Frauen in Jeans und engen Röcken die angeblich «unsittlichen» Kleidungsstücke. Die drei Gewährspersonen bestätigten die Berichte. Sie sagen übereinstimmend, die Polizisten seien im Hinblick auf ihren ersten Ernstesatz von Schulkommandant Akol Ayom zu den Übergriffen ermuntert worden.

Die Polizeiausbildung in Rajaf scheint auch sonst im Argen zu liegen. Letzten Monat wurden rund 3000 der Polizisten mit AK-47-Schnellfeuerwaffen ausgerüstet, obwohl zuvor kein einziger von ihnen am Gewehr mehr als acht Schüsse abgefeuert hatte.

Makelloser Triumphzug

Chinas Presse feiert Hus USA-Visite

In den gelenkten chinesischen Medien wird die USA-Visite von Präsident Hu Jintao in positivstem Licht dargestellt. Kritische Punkte werden geflissentlich ausgeblendet.

Bernhard Bartsch, Peking

Wenn Chinas Politiker auf Reisen gehen, müssen sie sich um das Medien-echo in ihrer Heimat nicht sorgen. Mit verordneter Euphorie feiert die Staatspresse die USA-Reise ihres Präsidenten Hu Jintao als makellosen Triumphzug. Hu habe eine «neue politische Zivilisation geschaffen», attestiert ihm die Zeitung «Global Times». «Der Besuch von Präsident Hu Jintao verdient den Applaus der Welt», kommentiert das für seine nationalistischen Töne bekannte Blatt. «Er hat einen wichtigen Beitrag zum Weltfrieden geleistet.» Die Nachrichtenagentur Xinhua verbreitete die Kunde von einer «historischen Meisterleistung in chinesisch-amerikanischer Diplomatie». Die englischsprachige «China Daily», die in erster Linie der chinesischen Selbstdarstellung im Ausland dient, lobte die «pragmatische Kooperation» beider Seiten und urteilte, der Besuch habe «ein solides Fundament für eine bilaterale Partnerschaft im kommenden Jahrzehnt» gelegt.

Communiqué in voller Länge

Um in China grösstmögliche Aufmerksamkeit für die Visite zu bekommen, hatte Chinas Propagandabehörde in den vergangenen Tagen den Druck wichtiger Parteiblätter wie der «Volkszeitung» oder der «Zeitung der Volksbefreiungsarmee» um bis zu acht Stunden verschoben, um dichter am Geschehen im dreizehn Zeitzonen entfernten Washington zu sein. Zu den am häufigsten gedruckten Bildern gehörten Fotos von Hu beim Abnehmen der Ehrengarde, bei seiner Rede vor dem Weissen Haus und im Oval Office. Auch das opulente Staatsbankett fand grosse Aufmerksamkeit, inklusive der Beobachtung, Michelle Obama habe ein «chinesisches» Abendkleid getragen.

Kernstück der Berichterstattung war allerdings die gemeinsame Erklärung der beiden Präsidenten. Anders als westliche Regierungen messen Chinas Aussenpolitiker derartigen Communiqués grosse Bedeutung bei. Das in voller Länge abgedruckte Positionspapier schreibt gewissermassen den kleinsten gemeinsamen Nenner der Beziehungen fest. «Die USA betonen, dass sie ein starkes, wohlhabendes und erfolgreiches China, das eine grössere Rolle in der Welt spielt, begrüssen», ist darin zu lesen. «Jedes Land und sein Volk haben das Recht, ihren eigenen Weg zu wählen, und die Entwicklungsmodelle sollten gegenseitig respektiert werden.» Nach Auffassung der «Global Times» hat die Erklärung «alle Ängste vertrieben, dass zwischen China und den USA ein neuer Kalter Krieg ausbrechen könnte». Die Zeitung ist überzeugt, dass nun «die ganze Welt auf den nächsten Handschlag zwischen China und den USA wartet».

Proteste nicht erwähnt

Bezeichnend ist auch, was in China nicht berichtet wurde. Auf Hus Eingeständnis, dass «in China in Sachen Menschenrechte noch viel getan werden muss», gingen chinesische Medien ebenso wenig ein wie auf die Proteste, die den Besuch begleiteten. Nichts sollte den schönen Schein trüben. Denn für Chinas Medien beginnt mit der Reise gewissermassen die Arbeit am Nachruhm des 68-jährigen Staats- und Parteichefs. Allgemein wird erwartet, dass er seine Ämter in den kommenden zwei Jahren an Vizepräsident Xi Jinping übergeben wird. Der pompöse Empfang war deshalb wohl, zumindest formal, der letzte Höhepunkt seines ausserpolitischen Wirkens.